

Stabsstelle Gremienbegleitung

Das Standortauswahlverfahren



Abb. 1: Weiße Deutschlandkarte (Quelle: BGE)

Der Bereich Standortauswahl

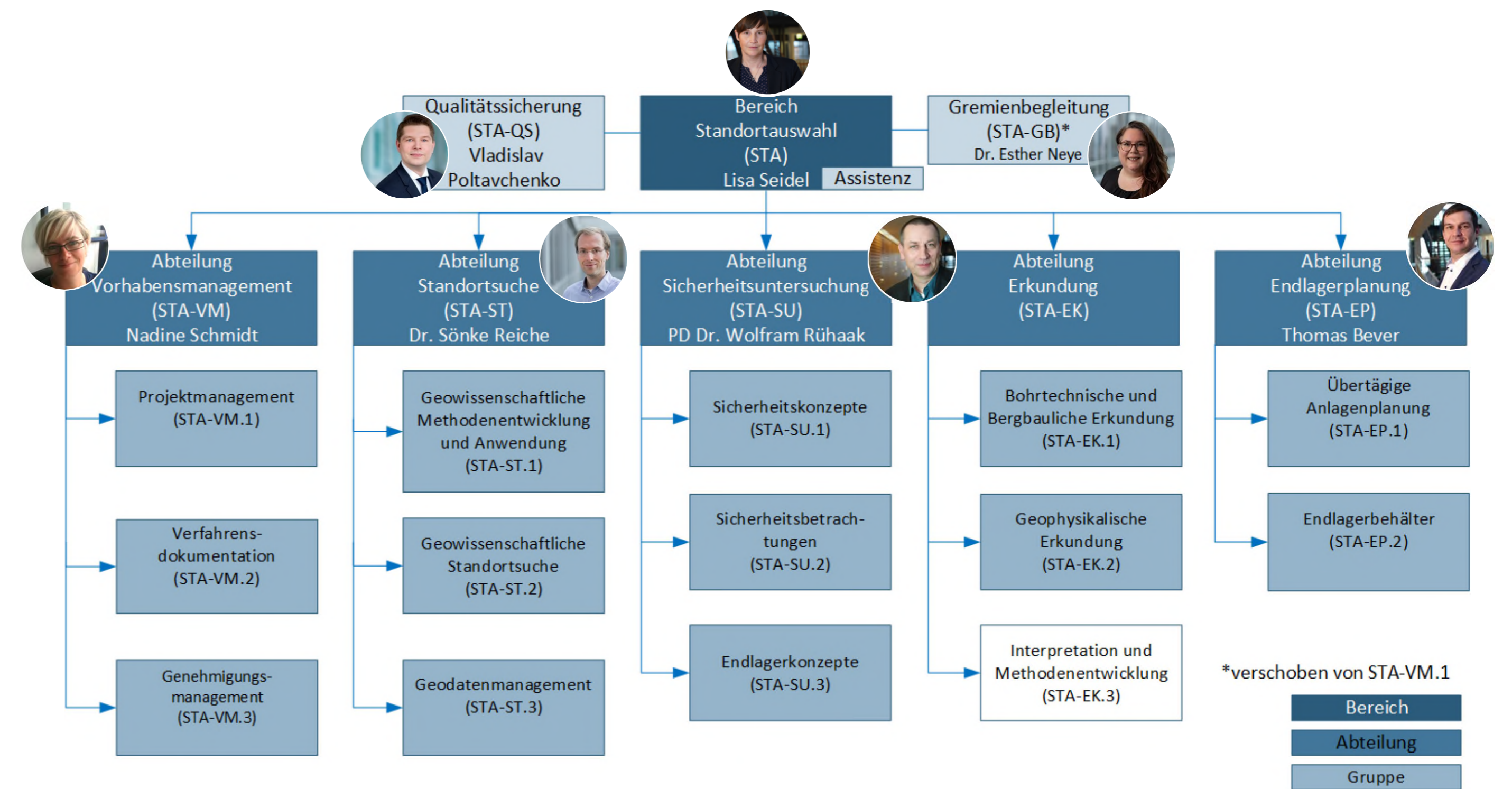


Abb. 2: Organigramm des Bereichs Standortauswahl (Quelle: BGE)

Nach der Novelle des Standortauswahlgesetzes 2017 ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) vom Gesetzgeber beauftragt worden, bis 2031 einen Standort für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle zu finden. Per Gesetz muss dieser die **bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre** gewährleisten, die Lagerung der Abfälle muss tiefengeologisch erfolgen und der Standort muss in der Bundesrepublik Deutschland liegen. Des Weiteren gibt das StandAG die **Rückholbarkeit** während des Einlagerungsbetriebes sowie eine **Bergbarkeit** für 500 Jahre nach Verschluss des Bergwerkes vor. Sofern die gleiche bestmögliche Sicherheit wie bei der alleinigen Lagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist, dürfen auch schwach- und mittelradioaktive Abfälle am Standort in einem separaten Bergwerk endgelagert werden.

Ganz zentral für die Arbeit der Standortauswahl sind auch die Anforderungen an den Verfahrensablauf: Es soll **partizipativ, wissenschaftsbasiert, transparent, selbsthinterfragend** und **lernend** ablaufen. Verantwortlich für die Aufgabe der Endlagersuche ist bei der BGE der Bereich Standortauswahl, in dem mittlerweile 100 Kolleg*innen in den fünf Abteilungen **Vorhabensmanagement, Standortsuche, Sicherheitsuntersuchung, Erkundung** und **Endlagerplanung** arbeiten.

Aktueller Stand des Verfahrens

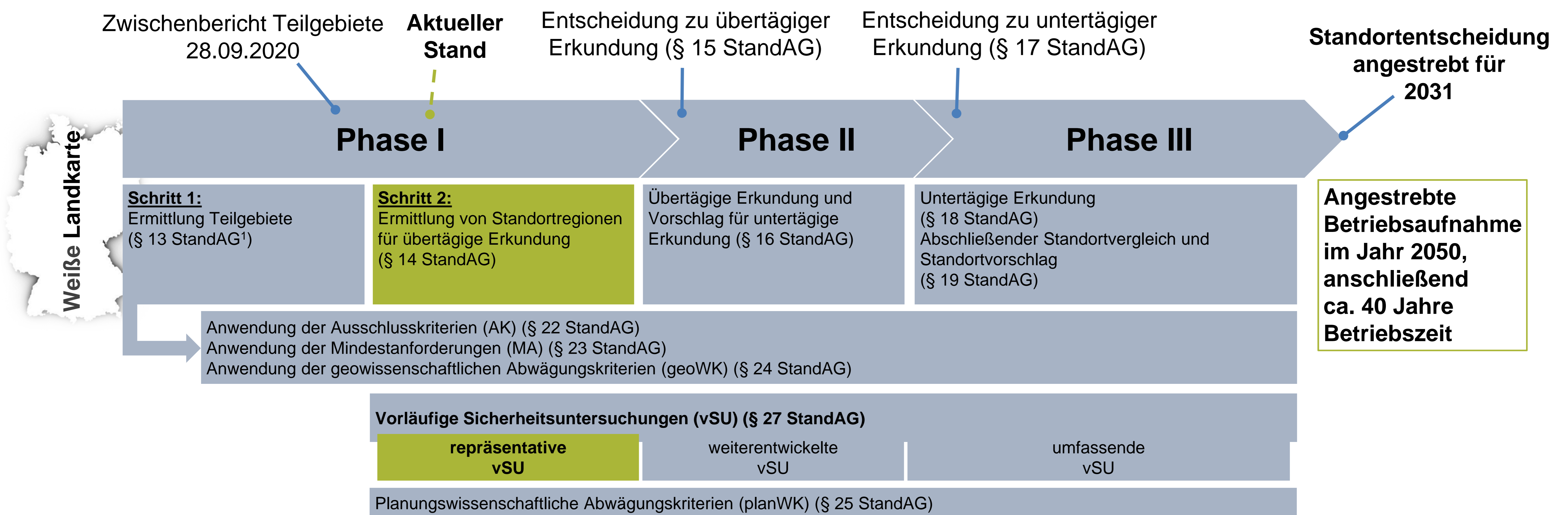


Abb. 3: Phasengrafik (Quelle: BGE)

Der erste Meilenstein auf dem Weg zu einem Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland war der **Zwischenbericht Teilgebiete**, welcher am 28. September 2020 veröffentlicht wurde. Basis hierfür waren 1.040.605 Daten über den tiefen geologischen Untergrund, welche die Bundes- und Landesbehörden der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) bis zum Datenstichtag 1. Juni 2020 zugeliefert haben. Die Daten stammen aus dem Bereich des Bergbaus, der Erdöl- oder Erdgasförderung oder aus Geothermiebohrungen. Der nächste Schritt ist nun, die großen Teilgebietsflächen, die circa 54 % der Landesfläche Deutschlands ausmachen, weiter auf kleinere **Standortregionen** einzugrenzen. Hierzu sind drei wesentliche Eingrenzungs- und Bewertungsinstrumente erforderlich:

- Die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU)
- Die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien (geoWK)
- Ggfs. die planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien (planWK)

Die Methodik der rvSU wurde in einer Veranstaltungsreihe Ende März der breiten **Öffentlichkeit** vorgestellt und stand bis Ende Mai im Rahmen einer Online-Konsultation zur Diskussion.

Literaturverzeichnis
StandAG: Standortauswahlgesetz vom 5. Mai 2017 (BGBl. I S. 1074), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2760) geändert worden ist